

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu „Wirtschaftliche Krise und Finanzstabilität in Europa“

Deutsche Finanzbranche rechnet mit einer Rezession und anhaltend hohen Inflationsraten – Banken sind stabil

FRANKFURT, 03. November 2022

Hintergrund:

Die europäische Wirtschaft steht seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs vor enormen Herausforderungen: Hohe Inflationsraten, explodierende Energiepreise und sinkende Wachstumsraten könnten Europa in eine schwere Rezession stürzen. Umfangreiche Maßnahmenpakete in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern sollen die Folgen für die Bevölkerung abmildern. Daher stellt sich die Frage, ob eine Rezession in Deutschland für das kommende Jahr zu erwarten ist und wie es sich mit den Inflationserwartungen verhält. Aufgrund umfangreicher staatlicher Hilfsprogramme mehren sich die Sorgen um die Rückkehr der Staatsschuldenkrise, die ab dem Jahr 2010 die Europäische Union belastet hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach der Stabilität des deutschen Bankensektors.

Umfrageergebnisse:

Bei einer vom CFS durchgeführten Umfrage unter Fach- und Führungskräften der Finanzbranche hat sich gezeigt, dass mehr als 90% der Befragten mit einer Rezession im kommenden Jahr rechnen. Mehr als die Hälfte rechnen mit einem (preisbereinigten) Rückgang des BIP in Deutschland von bis zu 2%. Mehr als 19% gehen sogar von einem noch stärkeren Rückgang der Wirtschaftsleistung aus. „Damit sind die Finanzexperten deutlich pessimistischer als die führenden Wirtschaftsinstitute, die in ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose (Herbstgutachten) lediglich ein leicht negatives Wachstum (-0,2%) für 2023 prognostizieren“, sagt Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies. „Eine Rezession hätte natürlich auch Auswirkungen auf die Ertragslage der Banken.“

Dennoch sind 78% der Befragten der Auffassung, dass selbst in einer starken Rezession die Stabilität der deutschen Banken nicht gefährdet wäre. „Die europäischen Banken sind in den vergangenen Jahren deutlich widerstandsfähiger geworden und können auch eine Rezession gut überstehen. Das bestätigen auch aktuelle Stresstests durch die Bankenaufsicht“, bestätigt Professor Brühl die Umfrageergebnisse.

Pressemitteilung

Im September lag die Inflationsrate in Deutschland bei 10,0%, in der Eurozone bei 9,9%. Die EZB versucht die hohen Inflationsraten durch Zinserhöhungen zu bekämpfen. Gleichzeitig ist der Euro gegenüber dem US-Dollar auf Talfahrt und die Staatsverschuldung steigt im Euroraum. „Trotz aller Beteuerungen der EZB hält es eine überwältigende Mehrheit von mehr als 90% der Teilnehmenden nicht für möglich, dass es der Notenbank in den nächsten zwei Jahren gelingen wird, wieder ihr mittelfristiges Inflationsziel von 2% zu erreichen“, erläutert Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance. „Hier zeigt sich eine Veränderung der Inflationserwartungen, die der EZB Sorge bereiten muss.“ Eine Mehrheit von 55% der Panelisten hält es sogar für wahrscheinlich oder sogar sehr wahrscheinlich, dass Europa erneut eine ähnliche Staatsschuldenkrise wie in den Jahren ab 2010 erleben könnte. „Die jüngsten Ereignisse in Großbritannien haben gezeigt, wie sensibel die Märkte aktuell auf mehr Schulden reagieren“, kommentiert Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de